Worten: wenn die Reichsregierung aktionsunfähig werden oder dem Bolschewismus verfallen sollte, will man sich von ihr lösen können, um dann von Bayern aus die Ordnung im Reiche wiederherzustellen. Dieses Bestreben dürfte in weiten Kreisen Norddeutschlands Zustimmung finden und der Mitwirkung von dorther sicher sein. In demselben Sinne hat man auch zu verstehen, was gelegentlich des Fuchs-Machhaus-Prozesses von früheren Aeußerungen bayrischer Politiker aufgewärmt worden ist. Von einer ausgesprochenen separatistischen Strömung in Bayern kann dagegen keine Rede sein, abgesehen von einzelnen Phantasten und Ideologen ohne nennenswerten Anhang, die als Vaterlandsverräter der allgemeinen Verachtung anheimgefallen sind.

Wie verträgt es sich nun mit dieser Behauptung, daß gerade jetzt von bayrischer Seite ein Vorstoß gegen die Einheit der Reichsbahnen erfolgt? Bayern hat im Jahre 1920 nur sehr ungern seine Eisenbahnhoheit aufgegeben und sich schließlich der Notwendigkeit, „der Verkehrsnot zu steuern", nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gefügt. Eine der wichtigsten ist, daß nach § 8 des damaligen Staatsvertrages eine Veräußerung und Verpfändung der Bahnen nicht stattfinden darf. Auch sind Bayern damals bestimmte Zusicherungen über das Maß der Zentralisierung gemacht worden; tatsächlich aber schränkt das Reichsverkehrsministerium die Handlungsfreiheit der bayrischen Behörden immer weiter ein. Ferner kann die damals ausbedungene und bis heute noch nicht gezahlte Abfindungssumme infolge der Geldentwertung nicht mehr als angemessen gelten, und schließlich befürchtet Bayern, in absehbarer Zeit die Staffeltarife zu verlieren, die ihm 1920 mit Rücksicht auf seine besondere Lage zugestanden worden sind.

Den eigentlichen Anstoß zu der gegenwärtigen Bewegung haben dann zwei Momente gegeben: das Angebot der Reichsbahn als Pfand an die Entente und das geplante Reichseisenbahnfinanzgesetz. Durch das Angebot hat die Reichsregierung nach Ansicht der Bayrischen Volkspartei den Boden des Staatsvertrages von 1920 verlassen, und damit sei für Bayern eine neue Lage geschaffen, der Weg zu neuen Verhandlungen frei. Die bayrische Regierung ihrerseits hat diesen Vorschlag aufgenommen und hält die Verhandlungen mit dem Reich vor allem wegen der Bestimmungen des Reichseisenbahnfinanzgesetzes für unannehmbar. Da dieses Gesetz bereits dem Reichskabinett vorliegt, darf Bayern allerdings trotz aller Bedenken nicht zögern, wenn es überhaupt noch etwas erreichen will, und man sollte sich hüten, ihm deswegen reichsfeindliche Absichten zu unterstellen.

Dasselbe gilt von der inzwischen abgelehnten Regierungsvorlage über eine Erleichterung des Volksbegehrens und Volksentscheids. Dieser Gesetzentwurf findet in innerbayrischen Verhältnissen eine vollkommen ausreichende Begründung, und es ist durchaus nicht nötig, sich die Behauptung anzueignen, daß er eine Lockerung des Reichsgefüges anstrebe, letzten Endes ein zertrümmertes Preußen bedeute. Ganz im Gegenteil lehnen heute auch jene bayrischen Politiker, die früher vielleicht eine Auflösung Preußens nicht ungern gesehen hätten, diesen Gedanken gerade deshalb durchaus ab, weil ein Zerschlagen Preußens zum Zerfall des Reiches führen könnte. Wenn außerbayrische Blätter die Argumentationen der bayrischen Oppositionsparteien aufnehmen und weitergehende Vorwürfe und Verdächtigungen daran knüpfen, so verstärken sie dadurch nur das Mißtrauen und die Befürchtung, daß die besonderen Wünsche und Bedürfnisse des Landes außerhalb seiner Grenzen keinerlei Verständnis finden.

Außerdem wirkt noch — das muß einmal offen ausgesprochen werden — die politische Tätigkeit gewisser Norddeutscher, die sich nach dem Kriege in Bayern niedergelassen haben, geradezu verhängnisvoll. Sei es, daß weit rechts stehende Männer gegen Katholizismus und Bayerntum auftreten, sei es, daß bekannte Demokraten gegen die hiesige Reaktion wettern und eine radikale Erfüllungspolitik als patriotische Pflicht predigen, in jedem Falle empfinden die Einheimischen dieses schulmeisterliche Belehrenwollen als unbefugte Einmischung Unberufener in Dinge, für die ihnen das psychologische Verständnis fehlt. Wenn in letzter Zeit die nationalsozialistische Bewegung wieder Fortschritte zu machen scheint, so ist das neben der Teuerung nicht zuletzt auf die Taten des sächsischen Ministeriums Zeigner zurückzuführen. Die erfreulicherweise nicht verwirklichte Absicht Zeigners, in München eine Agitationsrede zu halten, wurde nach allem Vorangegangenen hier als eine direkte Herausforderung empfunden. Ob wohl wenn die beim Schluß des Landtages an die Regierung Knilling ergangene Kampfansage der bayrischen Sozialdemokratie mit diesem Vorgang zusammenhängt, ist unklar; daß sich die Sozialdemokraten dabei als die berufenen Verteidiger der Reichseinheit aufspielen, zeigt aber zum Mindest, was von ihren übrigen Angriffen zu halten ist.

Die Stellung der bayrischen Regierung ist heute stark genug, um Putschversuche zu unterdrücken, sie mögen kommen von welcher Seite sie wollen. Sollte es überhaupt nationalsozialistischen oder anderen radikalen Heißspornen einmal gelingen, eine größere Anhängerschaft zu solchen fortzureißen, so würde den von außen fortgesetzt gegen Bayern gerichteten Angriffen und Verdächtigungen ein großer Teil der Schuld daran beizumessen sein.

Die besonnene Presse wird sich deshalb besondere Verdienste um den inneren Frieden des Reiches erwerben, wenn sie sich in bayrischen Dingen von jeder Nervosität freihält und sich hütet, „anscheinend begründete" Vorwürfe aufzugreifen, die bei verständnisvoller Würdigung der besonderen bayrischen Verhältnisse und Stimmungen hinfällig werden.

Heinrich Heide.

Die Gewalt an der Ruhr.

Berlin, 7. August. Auf einen belgischen Posten, nördlich der Lippe, sollen Schüsse abgegeben worden sein. Seitens der Besatzungsbehörde ist nun angekündigt worden, daß ein Maschinengewehr aufgestellt und das Ufer (nichtbesetztes Gebiet) unter Streufeuer genommen werden soll. — In Xanthen sind Lebensmittel, die das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt hatte, von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden. — Am 28. Juli und am 29. Juli sind 15 Waggons mit beschlagnahmten Möbeln von Bischofsheim nach Mainz abtransportiert worden.

Der Bahnhof Limburg a. d. L. besetzt.

Frankfurt a. M., 7. Aug. **Heute abend gegen 6 Uhr ist der Bahnhof Limburg von den Franzosen besetzt worden. Einzelheiten fehlen noch, da die Telephonverbindungen vorläufig abgeschnitten sind.** (W. T. B.)

468½ Milliarden Mark Geldbuße für die Gemeinde Stoffenberg.

Essen, 7. August. Die Besatzungsbehörde hat der Bürgermeisterei in Stoffenberg aufgegeben, innerhalb einer Woche die Summe, die seinerzeit vom Kriegsgericht in Werden als Geldstrafe wegen Verweigerung von Kohlenlieferungen festgesetzt worden war und die 468½ Milliarden Mark beträgt, zu bezahlen, da sie von den verurteilten Bergwerksdirektoren nicht einzutreiben ist. Im Falle der Nichtbezahlung wird mit der Verhaftung eines Beigeordneten gedroht.

Verdächtige Bombenfunde.

Essen, 7. August. Nachdem in der Nacht zum Sonntag im Kohlensyndikat eine Bombe gefunden worden ist, haben die Franzosen gestern eine weitere Bombe in einer Fensternische des hiesigen Polizeipräsidiums gefunden, das von ihnen seit Monaten besetzt gehalten worden ist. Wenn die Sprengladungen dieser Bomben zur Explosion gekommen wären, so wären die Verwüstungen außerordentlich groß gewesen. Das Sprengpaket, das im Kohlensyndikat gefunden wurde, ist von zwei Personen in das Gebäude getragen worden, die in französischen Diensten stehen sollen.

Anscheinend werden solche Attentate von den Franzosen selbst in Szene gesetzt, um Vorwände zum schärfsten Vorgehen zu schaffen und so die Kapitulation zu erzwingen.

Die italienische Antwort an England.

Mussolini fordert die Regelung der interalliierten Schulden.

Rom, 7. August. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" stimmt die italienische Antwort auf die englische Note im allgemeinen den englischen Ansichten über die Herbeiführung einer europäischen Entspannung zu. Die Antwort tritt für eine gleichzeitige Behandlung der deutschen Reparationen und der interalliierten Schulden ein. **Eine allgemeine endgültige Regelung müsse die Regelung der interalliierten Schulden umfassen und außerdem den besonderen Interessen Italiens in den schwebenden Fragen Rechnung tragen.** Die italienische Regierung weist auf die Wichtigkeit ihrer Vorschläge im Londoner Memorandum hin, insbesondere hinsichtlich der Garantien und Pfänder, die sie bekräftigt. Weiter wünsche Italien dazu beizutragen, daß das Vorgehen der englischen Regierung tatsächlich zu einer raschen, wirksamen, allgemeinen Verständigung führen könne. Die italienische Regierung hatte es für nützlich, wenn bei den etwa eintretenden Schwierigkeiten die verschiedenen Ansichten über die englischen Vorschläge zunächst erörtert würden, wozu sich die englische Regierung ja bereit erklärt habe. Die Antwort führt der Reihe nach die verschiedenen Punkte auf, denen Italien besonderen Wert beilegt, **nämlich die gleichzeitige Behandlung der deutschen Reparationen und der alliierten Schulden, die Mitverantwortlichkeit Deutschlands für die Reparationsleistungen der kleineren Staaten, Reparationen durch Warenlieferungen, sowie die Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten Gebiete.**

Italien sei der Ansicht, daß eine allgemeine endgültige Regelung der Reparationsfrage auch die der Schulden umfassen müsse, wie dies Italien zu verschiedenen Malen öffentlich erklärt habe. Ebenso müsse den besonderen italienischen Interessen an den übrigen schwebenden Fragen Rechnung getragen werden. Italien bestehe überdies auf seinem Vorschlage betreffend **Pfänder und Garantien**, der sich mit den jüngst durch Belgien gemachten Vorschlägen vereinigen lasse.

Was den englischen Vorschlag der internationalen Sachverständigenkommission betreffe, um die Leistungsfähigkeit und den Zahlungsmodus festzustellen, so lehne ihn die italienische Antwort nicht von vornherein ab, obwohl sie die Schwierigkeiten voraussehe. Der englische Vorschlag versuche, die Aufgabe der Sachverständigen mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages und den Befugnissen der Reparationskommission in Einklang zu bringen und die Kommission der Sachverständigen als Berater für die alliierten Regierungen und die Reparationskommission zu bestimmen. Die italienische Regierung würde sich natürlich im Einverständnis mit den Alliierten über die Zusammensetzung und den Charakter der Befugnisse der Sachverständigenkommission, sowie über ihre grundsätzlichen Auffassungen ihrer Arbeitsart, über die rechtliche Tragweite ihrer Entschließungen ihre Stellungnahme vorbehalten.

Was die Frage der **Aufgabe des passiven Widerstandes und der Ruhrbesetzung** betreffe, so bleibe die italienische Regierung bei ihrer wiederholt geäußerten Ansicht, das heißt, sie sei gegen den passiven Widerstand und gegen jede weitere militärische Besetzung der Ruhr, für eine schrittweise Verminderung der französisch-belgischen Besetzung, sobald ein allgemeines Einverständnis erreicht und gesichert sei. (WTB.)

Italienische Einsicht in Frankreichs wahre Ziele.

Rom, 7. August. In einem Leitartikel der „Idea Nazionale" erklärt Coppola, daß die Ruhrbesetzung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vernichte. **Frankreich wolle die deutsche Souveränität am Rhein aufheben und die Zerstückelung Deutschlands erzwingen. Dies sei die Grundbedeutung der französischen Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes, der die letzte Bekräftigung der deutschen Einheit und der Reichssouveränität über das Ruhrgebiet sei.** Nach der Einstellung des passiven Widerstandes fänden die verschiedenen Dorten, „made in Paris", kein Hindernis mehr, um eine rheinische Republik im Sinne von Barrès, Mangin und Poincaré zu errichten. Die sich daraus ergebende Vormachtstellung Frankreichs in Europa würde schließlich auch auf Italien und das Mittelmeergebiet drücken. (W. T. B.)

Englands Antwort an Frankreich.

Uebermittlung am Mittwoch?

London, 7. August. Reuter meldet: Das britische Kabinett wird bei seiner morgigen Zusammenkunft wahrscheinlich die Antwort erwägen, die an die französische Regierung bezüglich der Ruhrfrage und der Frage der Reparationen gesandt werden soll. Diese Antwort wird Frankreich möglicherweise am Mittwoch übermittelt werden. Es wird jetzt erklärt, daß die britischen Dokumente nicht vor der Kabinettssitzung veröffentlicht werden sollen und daß die Veröffentlichung sich vielleicht bis zur nächsten Woche hinziehen wird. Es verlautet, daß die japanische Antwort auf den britischen Antwortentwurf an Deutschland und auf die Mantelnote durch den japanischen Botschafter in London dem Foreign Office übermittelt werde. Die Antwort zeigt, daß die japanische Regierung mit Großbritannien in der Reparationsfrage im wesentlichen übereinstimmt. (wtb.)

London, 6. August. Nach halbamtlichen Informationen der Presse hat man in London endgültig jeden Gedanken einer Sondernote an Deutschland aufgegeben. Dagegen sei die englische Regierung entschlossen, Berichte der Reparationskommission zu veröffentlichen, in denen diese Vorschläge für die deutschen Zahlungen gemacht hatte.

Die „Times" gegen einen Sprung ins Dunkle.

London, 7. August. Die „Times" unterziehen in einem Leitartikel die Politik der französischen Regierung einer ausführlichen Kritik und bemerken, sie halten die französische Absicht, durch Gewaltanwendung die mühselig ringenden Millionen eines besiegten Volkes in eine Stimmung zu versetzen, die als Wille zum Zahlen bezeichnet werden könnte, für beschränkt und gefährlich. Niemand könne voraussagen, in welcher Form sich Deutschland aus dieser Prüfung wieder erheben werde. Für den Augenblick aber sei zu wünschen, daß England und die Alliierten Reparationen erhielten, **daß ein zahlungsfähiges Deutschland bestehe und daß bei einem Versuche, die Reparationen einzutreiben, die Zivilisation nicht in die Brüche gehe**, sondern im Gegenteil eine allmähliche stetige Rückkehr zur Wohlfahrt für alle vorbereitet werde. Aus diesem Grunde suche die britische Regierung und das britische Volk, die Reparationsfrage immer noch vom wirtschaftlichen Standpunkte zu betrachten. Es sei erfreulich, daß die Regierung beschlossen habe, ihre Verhandlungen mit den Alliierten fortzusetzen. Die Lage sei sicher gefährlich, werde aber nicht wieder hergestellt werden durch einen Sprung ins Dunkle. (W. T. B.)

Die belgisch-französische Aussprache.

Paris, 7. August. Während der „Matin" erklärt, noch vor Freitag werde es zu einer französisch-belgischen Aussprache darüber kommen, wie man am besten die Aktion im Ruhrgebiet wirksamer und produktiver machen könnte, verzeichnet der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail" in der Kontinentalausgabe des Blattes Gerüchte, die in Pariser Kreisen umgehen, wonach eine informatorische Konferenz in der französischen Hauptstadt zwischen Poincaré und einem oder mehreren Mitgliedern des englischen Kabinetts bevorstehen soll. Der Berichterstatter sieht in diesen Gerüchten ein Zeichen für den ernsthaften Wunsch in offiziellen Kreisen, die Besprechung über die Reparationsfrage weiter fortzusetzen in der Absicht, in irgendeiner Form zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen.

Mac Kennas Verzicht.

London, 7. August. In gut unterrichteten englischen Kreisen wird erklärt, daß sich Mac Kenna deshalb geweigert habe, in das Kabinett Baldwin einzutreten, weil er die letzte Regierungserklärung über die Ruhr- und Reparationsfrage mißbillige. Mac Kenna finde, daß diese Erklärung zu zögernd und unbestimmt sei. Er hätte gedacht, daß Baldwin die französische Ruhrpolitik mit deutlicheren Worten verurteile und positive englische Vorschläge mache. Der Beschluß Mac Kennas, der Direktor einer großen Bank ist, wird als Mißbilligung der englischen Finanzkreise gegenüber der Reparationspolitik Baldwins ausgelegt.

Paris, 7. August. Nach einer Blättermeldung aus London werden in politischen Kreisen als Kandidaten für das Schatzkanzleramt Austen Chamberlain und William Hicks genannt. Der letztere scheine die meisten Aussichten zu haben.

Die Tragödie der deutschen Wirtschaft.

Bilder der Not aus Berlin.

Berlin, 7. August. Die Lebensmittelnot in Groß-Berlin ist bisher trotz aller Maßnahmen der Behörden noch immer nicht behoben. Noch immer sind Butter, Margarine und Gemüse Artikel, deren Kauf stundenlanges Anstehen bedingt. Dabei haben die Preise jetzt eine Höhe erreicht, daß namentlich vielen Angehörigen des einst begüterten Mittelstandes die Möglichkeit genommen wird, sich die einfachsten Nahrungsmittel zuzuführen. Tragödien in furchtbarstem Sinne des Wortes sind an der Tagesordnung. Fast täglich werden von den Straßen Leute mit zwar fadenscheinig gewordenen, aber noch immer sauber gehaltener Kleidung fortgeschafft, die zusammengebrochen sind, weil sie tagelang nicht den geringsten Bissen zu sich nehmen konnten. Noch erschütternder sind die Fälle, die sich den Augen der Menschen entziehen. Private und amtliche Hilfstätigkeit geben sich zwar große Mühe, hier einzugreifen, doch lassen beschränkte Mittel und die rasende Geldentwertung kaum einen Tropfen auf den heißen Stein zustandekommen. Vielfach hört man von diesen Opfern des deutschen Zusammenbruches die Meinung aussprechen, daß der Krieg mit allen seinen Entbehrungen und Schmerzen ein Paradies gegen die jetzigen Verhältnisse gewesen sei.

Den Preis des markenfreien Brotes, der seit Montag 82 000 Mk. betrug, haben die Bäcker heute auf 90 000 Mk. erhöht.

Schlimme Lage des Berliner Einzelhandels.

Berlin, 7. August. Der Groß-Berliner Einzelhandel hat einen eintägigen Proteststreik beschlossen, nachdem eine noch gestern abgehaltene Besprechung mit einem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums ergebnislos verlaufen war. **Am Donnerstag werden daher sämtliche Geschäfte geschlossen bleiben.** Nur die Lebensmittelgeschäfte werden geöffnet sein. Der Beschluß wurde in einer gestern abgehaltenen Versammlung der Berliner Einzelhändler gefaßt. Die Aussprache gestaltete sich sehr erregt. **Die Spitzen der Behörden hätten keine Ahnung, wie ernst die Lage des Handels sei und wie schnell sie zu einer Katastrophe führen müsse, wenn nicht beschleunigte Abhilfe geschaffen werde.** Von verschiedenen Sprechern wurde der eintägige Proteststreik als zwecklos bezeichnet und die **dauernde Schließung** aller Läden in Groß-Berlin und **Kündigung des Personals** gefordert. Beschlossen wurde auch noch, die Geschäfte täglich nur noch sechs Stunden geöffnet zu halten.

Ende des Streiks in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 7. August. Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und der Angestelltengewerkschaften, die in der Hauptsache vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns persönlich geleitet wurden, haben nach dreizehnstündiger Dauer gegen 11 Uhr abends zu einer Vereinbarung geführt, die von den Gewerkschaftsvertretern den Funktionären ihrer Verbände zur Annahme empfohlen wird. Die Funktionärversammlung begann noch in der zwölften Nachtstunde.

Berlin, 7. August. Der Streik der Angestellten in der Berliner Metallindustrie ist heute durch die Annahme des Einigungsvorschlages des Reichsarbeitsministers beendet worden. Die Arbeit wird in allen Betrieben am Mittwoch morgen in gewohnter Weise wieder aufgenommen.

Vor Einschränkungen des Personenzug-Verkehrs.

Berlin, 7. August. Die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahnen für die Beförderung der lebenswichtigsten Güter, besonders der Ernte, einzusetzen, wird zu Einschränkungen des Personenverkehrs führen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat daher die Stellung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen grundsätzlich untersagt. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrslage folgen. **Die Bemühungen des Reichsverkehrsministers können unterstützt und es können lästigere Maßnahmen verhütet werden, wenn sich in der Oeffentlichkeit der Gedanke durchringt, daß die Zeit nicht dazu angetan ist, Feste zu feiern und Luxusfahrten zu unternehmen.** Auch Versammlungen zu wissenschaftlichen und ähnlichen Zwecken sollen auf bessere Zeiten verschoben werden. (W. T. B.)

Das Ende der Einfuhrgesellschaft für Getreide

Berlin, 7. August. Mit der Aufhebung der staatlichen Getreidewirtschaft am 15. September wird auch die Organisation ihr Ende finden, die seit 1919 den deutschen Einfuhrhandel an Auslandsgetreide bewerkstelligt hat. Die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. in Berlin hat, als nach vierjähriger Unterbrechung der Auslandsmarkt für die deutsche Wirtschaft wieder offenstand, eine Organisation geschaffen, die die Brücke zwischen dem deutschen Getreidehandel und den fremden Märkten bilden sollte. An die Stelle der einzelnen Importeure trat die Einfuhrgesellschaft, die allein berechtigt war, ausländisches Getreide für Rechnung der Reichsgetreidestelle nach Deutschland einzuführen. Es hat nicht an Vorwürfen gefehlt, daß der Getreidehandel mit so hohen Unkosten arbeite und dadurch das Brot verteuere. Die Gesellschaft erklärt demgegenüber, daß die Kosten der Gesamtbewirtschaftung durch die Gesellschaft sich seit 1919 auf fünf Achtel pro Mille beziffert hätten. Der gesamte Handel, der diese Geschäfte durchgeführt habe, habe im allgemeinen einen Bruttoverdienst von ½ Prozent gehabt. Davon seien die erheblichen Kosten für Telephon, Kabel, Bureauangestellten usw. abzuziehen. Tatsächlich sei erreicht, daß zwischen dem deutschen Verkäufer im Ausland, sei es in Nordamerika, Argentinien, sei es in Australien, bis zu dem deutschen Müller, an den die Ware der Reichsgetreidegesellschaft geliefert wird, ein Zwischennutzen von nur 0,56 Prozent stehe.

Zwischenfall bei der Beförderung der Leiche Hardings.

Neuyork, 7. Aug. Der Zug, der den Leichnam des Präsidenten Harding beförderte, ist heute in der Nähe von Charppel entgleist. Beim Durchfahren des Bahnhofes von Charppel, wo eine große Menschenmenge versammelt war, verlangsamte der Zug seine Fahrt. Er blieb plötzlich stehen. Ein Rad der Lokomotive war abgegangen. Wenn der Zwischenfall bei voller Fahrt eingetreten wäre, wäre eine Katastrophe unvermeidlich gewesen.